

Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Stauber

Gau Rakshaks in Deutschland

Hindunationalistische Einschüchterungsversuche ziehen mittlerweile weite Kreise – sogar bis nach Deutschland. Auf dem von der Indischen Botschaft in Frankfurt ausgerichteten Indien-Fest am 31. August wurden regionale indische Köstlichkeiten angeboten, darunter auch Fleischgerichte. Eine Gruppe Malayalis, die sich in der *Kerala Samajam Frankfurt* organisieren, hatten *Beef Curry* und *Parrota* auf ihre Menükarte gebracht. Das war hindunationalistischen Expat-Kuhschützern offensichtlich ein Dorn im Auge. Die Gruppe der Malayalis wurde massiv angefeindet – insbesondere über Social Media – und unter Druck gesetzt. Das Essensangebot bezeichneten die Hindunationalisten als „direkten Angriff auf die indische Kultur“. Schließlich knickte sogar die Botschaft angesichts des „Shitstorms von rechts“ ein und insistierte bei der *Kerala Samajam Frankfurt*, sie müsse ihr Menü ändern, um einen friedvollen Ablauf der Veranstaltung zu gewährleisten. *Kerala Samajam Frankfurt* folgte der konsularischen Bitte, sie seien natürlich an einem friedlichen Fest interessiert. Dennoch brachten sie ihren stillen Protest zum Ausdruck, indem sie auf dem Fest Schilder mit den Aufschriften *Unity in Diversity* und *We Decide What We Eat* in die Kameras hielten. Die hindunationalistischen *Gau Rakshaks* hatten zwischenzeitlich sogar eine Petition auf change.org zum „Schutze der indischen Kultur in NRI (*Non-resident Indian*)-Kreisen initiiert, diese jedoch bald wieder gelöscht.

Chidambaram weiter in U-Haft

Der ehemalige Finanzminister und prominente *Congress*-Politiker Palaniappan Chidambaram wurde am 21. August festgenommen. Mehrere Anträge Chidambarams auf Kautions wurden abgelehnt. Das *Enforcement Directorate* (ED), eine Untersuchungsbehörde des Finanzministeriums, überprüft seine maßgebliche Rolle im sogenannten INX Media-Skandal und wirft ihm vor, bei Geldwäsche in Millionenhöhe geholfen zu haben. Das Medienhaus soll sich – unter Mithilfe von Chidambarams Sohn, der als Berater von INX in Erscheinung trat – ausländische Direktinvestitionen (*Foreign Direct Investment* - FDI) erschlichen haben. Das ED beschuldigt ihn, als damaliger Finanzminister nicht nur von den Vorgängen gewusst, sondern sich selbst bereichert zu haben.

Sushma Swaraj erliegt Herzinfarkt

Sushma Swaraj (1952–2019) gehörte dem ersten Modi-Kabinett von 2014 bis 2019 als Außenministerin an und war Indiens erste Frau in diesem Amt. Schwerer Diabetes mellitus zwang Swaraj 2016 zu einer Nierentransplantation. Von den Folgen des schwerwiegenden Eingriffes erholte sie sich jedoch nie. Dem zweiten Modi-Kabinett stand sie aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung. Sie war insbesondere in ihrem Ministerium sehr beliebt, galt als volksnah, weil sie Menschen in Notlagen tatsächlich zur Seite stand – und dabei voll auf Social Media setzte. Swaraj gehörte zu den populärsten BJP-Politikerinnen des Landes. Auch politische Gegner würdigten sie als exzellente Rednerin, als Ausnahmepolitikerin im indischen Parlament. Sushma Swaraj verstarb am 6. August in Delhi an Herzstillstand.

Arun Jaitley verstorben

Arun Jaitley (1952–2019), der als Finanzminister sowie Verteidigungsminister dem ersten Kabinett von Premier Modi angehörte, verstarb 66-jährig am 24. August. Der BJP-Politiker litt, ähnlich wie Swaraj, seit über zwei Jahrzehnten an einem schweren Diabetes mellitus und hatte sich im vergangenen Jahr einer Nierentransplantation unterzogen. Zudem wurde Anfang des Jahres Krebs diagnostiziert. Auch Jaitley war ein über Parteigrenzen hinweg respektierter Politiker. Er war bestens vernetzt und galt in der BJP als Streitschlichter. Am 26. August wurden seine sterblichen Überreste mit staatlichen Ehren nach hinduistischem Ritus kremiert.

Überschwemmungen in Süd- und Westindien

Bei heftigen Unwettern im Süden und Westen Indiens sind zahlreiche Menschen ums Leben gekommen. Laut Behörden wurden Hunderte von den Monsun-Regenfluten fortgerissen, von Erdrutschen verschüttet oder von einstürzenden Häusern begraben. Allein im südwestlichen Bundesstaat Kerala waren es bis Ende August über 120 Tote. Die meisten Todesopfer hatte der Bundesstaat Maharashtra zu beklagen. Hier kamen laut *AccuWeather* 245 Menschen ums Leben. Hunderttausende mussten ihre Häuser verlassen und in Notunterkünften unterkommen.

men. Im schwer betroffenen Kerala – hier hatten bereits im vergangenen Jahr Überschwemmungen für Tod und Zerstörung gesorgt – mussten 83.000 Menschen in Notunterkünften fliehen. Überflutungen gab es auch in den Staaten Madhya Pradesh, Tamil Nadu, Goa und Andhra Pradesh. In Bihar herrschte hingegen extreme Dürre, bevor es von heftigen Überschwemmungen heimgesucht wurde.

Chandrayaan-2 – We have a problem

Die Euphorie über die Landung der indischen Mondsonde wich am 6. September großer nationaler Enttäuschung, als der *Control Room* den Kontakt zum Landemodul verlor. Das Landemodul Vikram hatte zwei Kilometer vor dem anvisierten weichen Aufsetzen auf dem Mond keine Funksignale mehr gesendet. Die anwesenden Wissenschaftler/-innen waren untröstlich, der anwesende Premier Modi sprach ihnen Mut zu. Die Experten der indischen Raumfahrtbehörde ISRO (*Indian Space Research Organisation*) gehen davon aus, dass das Landemodul auf die Südhalbkugel des Mondes gestürzt ist. Die Orbiter-Einheit konnte inzwischen das Landemodul mitsamt dem Mondrover, *Pragyan*, an Bord lokalisieren. Allerdings konnte der Kontakt noch nicht wiederhergestellt werden. Nun will die ISRO zwei Wochen lang (das entspricht einem Mond-Tag) versuchen, wieder Verbindung zur Landefähre aufzunehmen. Primär sollte die 140 Millionen US-Dollar teure Mond-Mission die Topographie und Mineralogie des Mondes studieren. Außerdem war es der ISRO ein Anliegen, nach weiteren Belegen für Wassereis auf dem Mond zu suchen. Der Premier machte per Twitter deutlich, dass ihm die Mission eine Herzensangelegenheit ist: „Wir hoffen das Beste“, teilte Modi mit. Er stellte zudem in Aussicht, bei Misserfolg eine zweite Mission auf den Mond schicken zu wollen. Indien soll die vierte Nation sein, der eine kontrollierte Landung auf dem Mond gelingt.

Finanzministerium strebt große Bankfusion an

Indiens Bankensektor zeichnete sich in der Vergangenheit durch große Vielfalt aus, zu der insbesondere auch öffentliche sogenannte *Public Sector Banks* (PSBs) gehörten. Die Mehrheitsanteile einer PSB müssen zu über 50 Prozent beim Staat liegen. Nun steht den PSBs ein großer Umbruch bevor. Die Regierung plant, zehn PSBs durch Fusionierung auf vier große Institute zu reduzieren. Damit würden von insgesamt 27 öffentlichen Banken nur noch zwölf übrigbleiben. Außerdem plant die Finanzmi-

nisterin, den verbleibenden Banken mit einer großen Finanzspritze von über sieben Milliarden Euro (55.250 *Crore* Rupien) zu frischem Kapital zu verhelfen. Betroffen von der Fusion sind die *Punjab National Bank*, *Oriental Bank of Commerce*, *United Bank*, die *Canara Bank* und *Syndicate*-Banken sowie die *Union Bank of India*, die *Andhra Bank*, *Corporation Bank*, *Indian Bank* und *Allahabad Bank*. Der gewerkschaftliche Dachverband *United Forum of Bank Unions*, der insgesamt über eine Million Bankangestellte vertritt, hat bereits massive Proteste gegen die Pläne angekündigt. Diesem will sich auch die rechtsgerichtete Arbeitnehmervertretung des RSS, die *Bharatiya Mazdoor Sangh* (BMS) anschließen. Ein Vertreter des Forums kündigte Streiks und massive Proteste gegen die Regierung an. Finanzministerin Sitharaman hatte ihre Fusionspläne als eine von zahlreichen Maßnahmen zur Ankurbelung der indischen Wirtschaft angekündigt.

Indien vor Rezession?

Die indische Wirtschaft steht, so die Meinung zahlreicher Fachleute, vor einer längerfristigen Rezession. Manche wagen es gar, von einer strukturellen Krise zu sprechen. Zuletzt betrug das Wachstum im 2. Quartal 2019 „nur“ fünf Prozent. Indien hat mit dem längsten Abschwung seit 2006 zu kämpfen, so Goldman-Sachs. Beinahe alle Sektoren sind betroffen: Automobilindustrie, verarbeitendes Gewerbe, Landwirtschaft, Konsumgüter des täglichen Bedarfs. Auch der Immobiliensektor und die Bauindustrie haben mit Einbrüchen zu kämpfen. Dies bestätigen auch offizielle Angaben der nationalen Statistikbehörde NSO. Ferner gehen ausländische Investitionen zurück. Kapital wird vom indischen Markt abgezogen, die indische Rupie gehört derzeit zu den asiatischen Währungen, die die schlechteste Bewertung aufweisen. Der ehemalige Premier Manmohan Singh kritisierte die Regierung, sie sei für den Negativtrend verantwortlich. Insbesondere von der Demonetarisierung und der eilig eingeführten Mehrwertsteuer (*Goods and Services Tax* - GST) habe sich die indische Wirtschaft immer noch nicht erholt. Singh sagte ferner einen weiteren Arbeitsplatzabbau voraus, insbesondere im informellen Sektor. Damit würden die Schwächsten der Gesellschaft besonders hart getroffen.

„Jai Shri Ram“ ist überall

Die Anzahl der Lynch-Mobs hat insbesondere nach dem BJP-Wahlsieg zugenommen. Ende Juni war Tab-

rez Ansari, ein 24-jähriger junger Mann aus Jharkhand, stundenlang unter *Jai-Shri-Ram*-Rufen („Ehre sei Ram, dem Herrn“) regelrecht gefoltert worden, bis er später an seinen Verletzungen verstarb. Zwei Tage später wurde Hafeez Mohammed Halder, ein 26-jähriger Lehrer, der als Muslim an einer Religionschule unterrichtete, in Westbengalen aus dem fahrenden Zug gestoßen. Nur mit Glück entkam er dem Tode. Der Mob hatte ebenfalls *Jai-Shri-Ram*-Rufe gegröhlt. Am 27. Juni schlug eine Gruppe junger Männer einen muslimischen Taxifahrer unweit von Mumbai zusammen. Als dieser um Gnade bettelte, zwangen ihn die Angreifer, *Jai Shri Ram* zu rufen. *Jai Shri Ram* ist zum Synonym für ein Hindu-Indien geworden, in dem es Minderheiten an den Kragen geht. Modi hatte zwar nach seiner Wiederwahl versöhnliche Töne angeschlagen. Doch die jüngsten Vorfälle sprechen eine deutlich andere Sprache und erinnern daran, dass etwa 90 Prozent der religiös-ideologisch motivierten Hassverbrechen (*hate crimes*) der vergangenen Dekade in die Regierungszeit Modis (seit 2014) fallen. Den Brandstiftern gingen die Biedermänner in der Politik voraus: Parlamentsmitglieder der Regierungspartei provozierten muslimische Abgeordnete bei ihrer Vereidigung mit *Jai-Shri-Ram*-Rufen. Darunter auch der bekannte Politiker Asaduddin Owaisi, der als Muslim seine Kappe aufzog, bevor er auf die indische Verfassung schwor. Er konnte nur unter *Shri-Ram*-Zwischenrufen von BJP-Leuten ans Rednerpult schreiten. Die eigentlichen Verbrechen werden auf der Straße begangen, von sogenannten einfachen Leuten. Die ideologische Saat streuen jedoch nicht zuletzt ranghohe Politiker im Parlament, und sie fällt auf fruchtbaren Boden außerhalb des Parlaments.

Sanjiv Bhatt zu lebenslanger Haft verurteilt

Der Whistleblower und ehemalige hochrangige Polizeibeamte Sanjiv Bhatt, der vor Gericht gegen Premier Modi und zu dessen Rolle beim Genozid von Gujarat 2002 ausgesagt hatte, ist zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Das Urteil wurde zu einem Fall aus dem Jahr 1989 von einem Gericht in Jamnagar (Gujarat) gefällt. Bhatt war hier angeklagt, für den Tod eines Demonstranten in Haft mitverantwortlich zu sein. Bhatt und seine Familie sowie zahlreiche Beobachter sehen jedoch hinter der Verurteilung einen politischen Racheakt, mit dem Bhatt mundtot gemacht werden soll. Er hatte Modi, im Jahr 2002 *Chief Minister* von Gujarat, vorgeworfen, bei einem Treffen der Polizeichefs in Gujarat um Verständnis dafür geworben zu haben, dass die

Hindu-Nationalisten „ihrem Ärger einmal Luft machen müssten.“ Eine dramatische Verharmlosung der systematischen Verfolgung und Tötung Hundertter Muslime bei den Pogromen 2002 in Gujarat. Das Berufungsgericht für den Fall Bhatt hat bereits drei Verhandlungstermine (zuletzt am 3. September 2019) abgesagt.

Save Aarey – Save Mumbai

Die Regierung des Bundesstaates Maharashtra plant, in der „grünen Lunge“ von Mumbai, der *Aarey Colony*, 2700 Bäume fällen zu lassen. Dort sollen Lagerhallen und Abstellgleise für die derzeit im Bau befindliche Metro errichtet werden. Die Stadtverwaltung stößt mit ihrem Beschluss in der Bevölkerung auf starken Widerstand. Wenngleich das verantwortliche Unternehmen, die *Mumbai Metro Rail Corporation* (MMRCL), versprochen hat, dreimal so viele neue Bäume in der Stadt wieder zu pflanzen. Es hat sich ein breites Protestbündnis formiert, erste Demonstrationen mit Menschenketten wurden von Hundertenden Bürgern sowie einflussreichen Bollywood-Größen unterstützt. Die Initiative *Save Aarey* hat auf den Social-Media-Kanälen und im Netz Hunderttausende Unterstützer/-innen. Eine Petition auf change.org hatte innerhalb weniger Tage über 300.000 Unterschriften erhalten. Zusammen mit dem angrenzenden Sanjay-Gandhi-Nationalpark ist die *Aarey Colony* die bedeutendste Grünfläche Mumbais, in der vor allem Milchwirtschaft betrieben wird. Insgesamt sind hier 16.000 Kühe in traditioneller Haltung untergebracht. Die *Aarey Colony* ist zudem Lebensgrundlage vieler Adivasi-Familien, die hier seit vielen Generationen leben und Landwirtschaft betreiben. Insgesamt zwölf Dörfer befinden sich in der etwa 16 Quadratkilometer großen *Colony*.

National Register of Citizens

In Assam wurde jüngst das endgültige Staatsbürgerregister veröffentlicht. Insgesamt 31,1 Millionen Menschen werden im *National Register of Citizens* (NRC) aufgeführt. Gleichzeitig fehlen die Namen von knapp zwei Millionen Assamese(inn)en. Dieser riesigen Zahl von Menschen droht ein Dasein als Staatenlose. Diejenigen, die ihre Namen nicht im Register finden und nicht beweisen können, dass sie indische Staatsbürger/-in sind, oder dass ihre Familien sich im Zeitraum von 1951 bis 1971 in Assam angesiedelt hatten (Stichtag für die Aufnahme ins NRC ist der 24. März 1971), müssen mit Inter-

nierung und abschließender Abschiebung rechnen. Die vorläufige Fassung des NRC aus dem vergangenen Jahr hatte über vier Millionen Menschen ausgeschlossen, aber für landesweite Empörung gesorgt. Das NRC wurde zuerst 1951 erhoben und bleibt derzeit noch auf Assam beschränkt. Die Betroffenen können vor einem sogenannten *Foreign Tribunal* klagen, einem für die Klärung des NRC-Status berufenen Sondergericht. Den Klägern stünden „alle legalen Optionen“ offen, so die Behörden. Weniger bekannt ist, dass sie dabei eine Frist von 120 Tagen einzuhalten haben. Eine für viele Betroffene schier unmögliche Aufgabe, auch angesichts einer notorisch langsamen Bürokratie, wenn Dokumente neu beschafft werden müssen. Zudem fehlen häufig die finanziellen Mittel, sich durch alle Instanzen zu klagen. Auch Aktivist(inn)en unterstreichen, dass die Frist zu kurz sei, und die wenigen Sondergerichte komplett überlastet sein werden. Betroffenen droht bei Ablehnung die Inhaftierung und sogar die Abschiebung. Die BJP, so die Kritiker/-innen, benutze das NRC, um unliebsame Muslime abzuschieben und plane, allen voran Innenminister Amit Shah, langfristig das NRC landesweit einzuführen. Mittlerweile haben die Behörden damit begonnen, Abschiebelager in Assam einzurichten.

Flughäfen vor der Privatisierung

Im vergangenen Jahr hatte die indische Regierung beschlossen, sechs größere Flughäfen zu privatisieren und sie in einer sogenannten *Public-Private-Partnerschaft* (PPP) zu betreiben. Davon betroffen sind die Airports von Lucknow, Ahmedabad, Jaipur, Mangaluru, Thiruvananthapuram und Guwahati. Im Februar hatte die Adani-Gruppe den Zuschlag bekommen. Nun nehmen die Proteste von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen immer mehr Fahrt auf. Die *Airports Authority Employees' Union* hatte Anfang September gemeinsam mit der *Airports Authority Officers' Association* und der *Indian Airports Kamgar Union* von der verantwortlichen Aufsichtsbehörde *Airports Authority of India* (AAI) gefordert, ein Treffen einzuberufen, um einen arbeitnehmerfreundlichen Übergang zu gewährleisten. Ansonsten würden sie im September beginnen, durch Streiks und breite Proteste den Betrieb der Flughäfen lahmzulegen. Gewerkschaftsvertreter monierten, sie seien bislang in die Pläne nicht einbezogen worden. Derweil verkündete der ehemalige Chef der AAI-Aufsichtsbehörde, Guruprasad Mohapatra, die Regierung habe nur den ersten Schritt getan. In absehbarer Zukunft sollten weitere „20 bis 25 Flughäfen“ privatisiert werden.

Auszeichnung für Modi durch Gates Foundation

Die US-amerikanische *Bill und Melinda Gates Foundation*, die mit zahlreichen (Gesundheits-) Projekten in Indien aktiv ist und zeitweise auf der *blacklist* der indischen Regierung stand, hat bekanntgegeben, Premier Modi für die *Swachh-Bharat*-Kampagne auszuzeichnen. Nun läuft Modis ideologische Mutterorganisation RSS dagegen Sturm und warnt den Premier vor einer „Vereinnahmung“ durch die verhasste westliche Organisation. Modi soll die Auszeichnung auf seinem USA-Besuch im September erhalten. Die RSS verweist unterdessen auf „schwerwiegende Anschuldigungen und Untersuchungen“ gegen die philanthropische Stiftung in Indien. Bislang ist nicht bekannt, ob Modi den Empfehlungen der RSS folgen will.

Chandrashekar Azad neuer Dalit-Leader?

BSP (Bahujan Samaj Party)-Chefin Mayawati hatte sich zuletzt immer stärker ins gesellschaftliche Abseits manövriert. Ihre Popularität und Glaubwürdigkeit als die Dalit-Ikone schlechthin hatte in den vergangenen Jahren stark gelitten. Auch bei den Protesten gegen die Zerstörung des 500 Jahre alten Dalit-Tempels zu Ehren des Patrons Ravidas hatte sie sich zwar gegen das Urteil ausgesprochen, jedoch keine konkreten Schritte unternommen. Anders der *Bhim-Army*-Vorsitzende Chandrashekar Azad, der verschiedene Dalit-Gruppierungen unter einer Dachorganisation zusammenbrachte, um schlagkräftig gegen die Zerstörung zu protestieren und seinen Wiederaufbau zu erlangen. Der Tempel war vom *Supreme Court* für illegal erklärt worden, da sich die religiöse Stätte angeblich in einem Naturschutzgebiet befindet. Zehntausende solidarisierten sich mit dem Protestzug. Der charismatische Azad verstand es, die Massen gegen das tendenziöse Urteil zu mobilisieren. Noch hat Azads *Bhim Army* nicht den Organisationsgrad und die finanzielle Durchschlagskraft, doch schon bald könnte er für BSP und BJP ein ernstzunehmender politischer Gegner werden.

Modi trifft Putin und Xi

Anfang September weilte Premier Modi in Russland, um mit Präsident Putin zahlreiche bilaterale Wirtschaftsabkommen zu besiegeln. Insgesamt wurden 25 Gemeinschaftsverträge unterzeichnet. Insbesondere die Zusammenarbeit im Energiesektor wollen

beide Staaten intensivieren. Neben Kernkraft, Öl und Gas wolle man aber auch weitere Bereiche der Kooperation einbeziehen, etwa im Diamantengeschäft sowie in der Holzindustrie und im Tourismus, so indische Regierungsvertreter. Russland habe Interesse an Arbeitskräften aus Indien für den russischen Markt bekundet. Indien will zudem verstärkt Agrarprodukte nach Russland exportieren. Für Oktober ist ein Treffen mit dem chinesischen Staatschef Xi Jinping geplant. Xi wird nach Indien reisen und voraussichtlich in Mahabalipuram, im südlichen Tamil Nadu, mit dem indischen Regierungschef zusammentreffen.

Höhere Bußgelder für Verkehrsdelikte

Zum 1. September sind in Indien höhere Bußgelder für Verkehrsdelikte eingeführt worden. Das Parlament hatte zuvor ein neues Gesetz, den *Motor Vehicles (Amendment) Act, 2019*, auf den Weg gebracht. Man wolle damit die hohe Zahl der Verkehrsunfälle reduzieren und die Menschen für die möglichen Folgen ihres Fehlverhaltens sensibilisieren. Der Minister für Verkehr, Nitin Gadkari, fügte hinzu, es sei an der Zeit gewesen, die jahrzehntealten Gesetze zu aktualisieren. Nach den neuen Regelungen werden teils drastische Geldbußen erhoben: bei Alkohol am Steuer 10.000 Rupien (statt bisher 2000). Überhöhte Geschwindigkeit kostete bislang 500 Rupien, nun sind 5000 Rupien zu berappen. Wer ohne Führerschein erwischt wird, muss ebenfalls 5000 Rupien Strafe zahlen. Die bisherige Höhe des Bußgeldes wurde verzehnfacht.

Ausnahmezustand in Kaschmir

Am 5. August wurde dem indischen Bundesstaat Jammu und Kaschmir die Teilautonomie entzogen – per Präsidialerlass. Zur Begründung hieß es, dass der geltende Sonderstatus die vollständige Integration Jammu und Kaschmirs in die Indische Union bislang behindert habe (vgl. Kommentar im Heft). Mit der Aufhebung des Sonderstatus (Artikel 370 der indischen Verfassung) wurden zudem eine Ausgangssperre verhängt, ein Versammlungsverbot erlassen, Mobilfunk- und Internetverbindungen vollständig gekappt, Schulen und Hochschulen geschlossen, unzählige Menschen verhaftet und unter Hausarrest gestellt. Darunter befanden sich viele Politiker/-innen (derzeit 400 Personen). Jammu und Kaschmir ist kein eigener Bundesstaat mehr, sondern Unionsterritorium (davon soll Ladakh als zweites Unionsterritorium

abgetrennt werden). Damit hat die BJP eines ihrer lange gehegten politischen Ziele erreicht. Die Aufhebung des Sonderstatus (der seit 1949 galt) war seit Jahrzehnten fester Bestandteil der hindu-nationalistischen Agenda. Die Berichterstattung indischer Medien gaukelt Normalität vor, während einige internationale und wenige indische unabhängige Medien die Konflikte und gewaltsamen Auseinandersetzungen ans Tageslicht bringen. *Reuters*, *BBC*, *Al Jazeera* und andere berichten über gewaltsame Unruhen, bei denen durch Gummigeschosse zahlreiche Menschen schwer verletzt und vier Demonstranten getötet wurden. Indische Mainstream-Medien zeigen hingegen ein ruhiges und geordnetes Alltagsleben in Kaschmir, in dem Tränengas, Gummigeschosse und Tote nicht vorkommen. Im Kaschmirkonflikt starben bislang über 70.000 Menschen, mehr als 8000 gelten als vermisst. Die Region ist das am stärksten militarisierte Gebiet der Welt, in dem mehr als eine Million indische Soldaten stationiert sind. Mit der faktischen Aberkennung der (Teil-) Souveränität, so die Befürchtung, steht das Tor nun offen für eine Siedlungspolitik, mit der die Demografie in der Region zugunsten einer Hindu-Dominanz verschoben werden soll.

Schriftsteller und „Stadtchronist“ Nagarkar verstorben

Der bekannte Autor Kiran Nagarkar ist tot. Er verstarb 77-jährig in seiner Heimatstadt Mumbai. Nagarkar zählte zu den bedeutendsten postkolonialen Autoren Indiens. Er verfasste neben zahlreichen Romanen auch Drehbücher und Theaterstücke. Er galt als Stadtchronist Mumbais, da seine Romane immer wieder Mumbai-typische Themen aufgriffen. Als Filmkritiker machte er sich ebenfalls einen Namen. Nagarkar war häufig gesehener Gast im Goethe-Institut in Mumbai und nahm dort regelmäßig an Diskussionsveranstaltungen teil. Zu Deutschland hatte Nagarkar intensive Verbindungen. So war er im Jahr 2008 Jahr Gast des Berliner Künstlerprogramms des DAAD, zudem übernahm er im selben Jahr die 22. Tübinger Poetik-Dozentur (gemeinsam mit dem Schriftsteller Christoph Peters). In der MeToo-Debatte geriet auch Nagarkar in die Kritik. Einige Journalistinnen beschuldigten Nagarkar der sexuellen Belästigung. Diese Anschuldigungen sollen Nagarkar nach Aussagen von Weggefährten und engen Freunden sehr zugesetzt haben. Er hatte die Vorwürfe bis zuletzt bestritten.